

Unangenehme Post für Albert Rösti

Energieintensive Betriebe fordern vom neuen Energieminister einen Preisdeckel nach ausländischem Muster

HANSUELI SCHÖCHLI

In der laufenden Energiekrise haben europäische Länder bisher rund 700 Milliarden Euro zur Abfederung der Preisschübe für Privathaushalte und Firmen zur Verfügung gestellt. Das zeigt eine Zusammenstellung des Brüsseler Denkinstituts Bruegel per Ende November. Die Gesamtsumme dürfte im Mittel etwa 4 Prozent der jährlichen Wirtschaftsleistung entsprechen. Umgerechnet auf die Schweiz würde dies eine Staatspritze von etwa 30 Milliarden Franken bedeuten. Spitzenreiter ist Deutschland mit rund 7 Prozent der Wirtschaftsleistung.

Die Schweiz hat sich bisher aus diversen Gründen mit Sondersubventionen zurückgehalten: Der Leidensdruck bei den Privathaushalten ist kraft des Wohlstands geringer als in anderen Ländern; die Gesamtsteuerung ist heuer mit etwa 3 Prozent nur knapp ein Drittel so hoch wie in der EU; und die Hemmung, mit Staatseingriffen die Knappheitssignale der Energiemärkte zuzudecken, ist in der Schweiz etwas grösser als an manch anderen Orten.

Skeptische Wirtschaftsallianz

Die genannte Hemmung illustrierte jüngst eine Wirtschaftsallianz aus dem Dachverband Economiesuisse, diversen Branchenverbänden und den Stromkonzernen Axpo, Alpiq und BKW. Diese Gruppe hat sich Ende November in einem Positionspapier gegen flächendeckende Energiepreissubventionen, gegen Eingriffe in den Preismechanismus und gegen die Möglichkeit der Rückkehr von Firmen vom freien Markt in den geschützten Grundversorgungsbereich ausgesprochen. Mit dem letztgenannten Punkt stand das Papier im Gegensatz zum Gewerbeverband, der schon mehrmals die Möglichkeit einer solchen Rückkehr gefordert hatte.

Als mögliche Entlastungsmassnahmen für die Betriebe nannte das Papier etwa die Prüfung von Liquiditätshilfen für besonders betroffene Unternehmen sowie die temporäre Senkung von Gebühren und Netzkosten. Im Weiteren einigten sich die beteiligten Wirtschaftsverbände mit den drei grössten Stromanbietern auf die Formel, dass man als marktwirtschaftliche Lösung die «Weiterentwicklung langfristiger Produkte zur Strompreisglättung» prüfen wolle.



Für energieintensive Betriebe wie etwa Papierfabriken ist der Anstieg der Strompreise sehr schmerzhaft.

CHRISTIAN BEUTLER / KEYSTONE

Zu den Unterzeichnern des Papiers gehörte auch die Interessengemeinschaft der energieintensiven Branchen (Igeb). Diese Gruppe umfasst Branchen wie Papierindustrie, Zement, Stahl, Giessereien und Chemie. Bei den Mitgliedern machen die Energiekosten mindestens 10 Prozent der Bruttowertschöpfung aus; die Mitglieder verbrauchen zusammen etwa einen Sechstel des Strom- und Gasbedarfs der gesamten Schweizer Industrie. Eine genannte Illustration für die Bedeutung der Energiekosten für Igeb-Firmen: Die Erhöhung des Strompreises um einen Rappen pro Kilowattstunde könne in einer Papierfabrik Zusatzkosten von 6 Millionen Franken pro Jahr ausmachen – was etwa den Kosten von 60 Arbeitsplätzen entspreche. Im November lagen die Strompreise für 2023 laut dem Positionspapier etwa 30 Rappen pro Kilowattstunde höher als im langjährigen Mittel.

Die Igeb entpuppt sich nun als Abweicherin in der erwähnten Wirt-

schaftsallianz. «Wir sind im Prinzip gegen Marktinterventionen», sagt zwar Frank Ruepp, der Präsident der Igeb. Aber: «Wenn die Staaten unserer Konkurrenten mit einem Preisdeckel eingreifen, sollte die Schweiz auch etwas Ähnliches machen, um Konkurrenznachteile der hiesigen Unternehmen zu vermeiden.»

Ruepp kündigt an, dass der Anfang 2023 ins Amt kommende Bundesrat Albert Rösti als Chef des Energiedepartements (Uvek) bald mit dem Thema konfrontiert wird: «Wir werden unser Anliegen dem neuen Uvek-Chef vorbringen.» Gemäss der Interessengemeinschaft haben Industriefirmen in Deutschland und Frankreich für den Strom Gesamtkosten, die dank staatlicher Verbilligung «nur einen Drittel bis die Hälfte des Niveaus in der Schweiz ausmachen», wie Ruepp betont: «Das ist für energieintensive Schweizer Firmen ein massiver Nachteil.» So könnten Betriebe in Deutschland mit dem dortigen Preis-

deckel Strom für 13 Eurocent pro Kilowattstunde beziehen. Für Schweizer Strom im Januar zahlt man an der Börse derzeit 38 Eurocent.

Die Vergünstigungen von Staaten wie Deutschland, Frankreich und Italien führen laut Marktteilnehmern kaum zu Preissenkungen an den Energiebörsen, da die Vergütungen nachträglich erfolgten. So sei nicht zu erwarten, dass Schweizer Grossverbraucher indirekt via tiefere Marktpreise profitierten. Noch offen ist, ob es auf EU-Ebene zu einer Deckelung der Gaspreise kommt und was allenfalls die Folgen wären.

Doch wie steht es mit dem erhofften Ausbau der Möglichkeit langfristiger Stromverträge zwecks Preisglättung in der Schweiz? Frank Ruepp zeigt sich wenig beeindruckt: «Zurzeit ist bei den Anbietern noch keine genügende Bereitschaft für langfristige Verträge da, oder aber die Preise dafür sind aufgrund des Risikozuschlags zu hoch.» Im Prinzip lassen sich mit einem Langfristver-

trag die Preise glätten. Die Verbraucher würden dabei gemessen an den jeweiligen Tageskursen zu Beginn «zu wenig» zahlen, in späteren Jahren aber wahrscheinlich «zu viel». Im Ergebnis ähnelt dies einem Kredit durch die Anbieter – weshalb diese für Langfristverträge eine gute Bonität des Kunden voraussetzen oder hohe Risikozuschläge verlangen.

Die Axpo hatte jüngst für kleinere und mittlere Verbraucher im freien Markt ein Angebot für drei- und fünfjährige Verträge mit Laufzeit ab Anfang 2023 lanciert; dieses verlangte eine Vorauszahlung für mindestens ein Jahr und reduzierte so den Risikozuschlag. Die Richtpreise für Fünfjahresverträge lagen zwischen 20 und 25 Rappen pro Kilowattstunde (ohne Netzkosten). Das Angebot ist am 15. Dezember ausgelassen. Das Interesse sei hoch, erklärte die Axpo kurz vor dem Fristablauf: «Wir hatten bisher knapp 400 Anfragen.»

Suche nach der Schmerzgrenze

Der Berner Stromproduzent BKW nannte vergangene Woche auf Anfrage für typische Industriekunden folgende Grössenordnungen der Preisniveaus: 40 bis 45 Rappen pro Kilowattstunde für 2023, 35 Rappen für 2024, 25 Rappen für 2025, 20 Rappen für 2026 und 18 Rappen für 2027. Bei hinreichender Bonität sei auch ein Durchschnittspreis möglich. Der Durchschnitt der genannten Jahrespreise ergäbe für eine Fünfjahresperiode etwa 28 Rappen pro Kilowattstunde. «Wir haben einige Kunden, welche für eine Laufzeit bis zu fünf Jahren anfragen», sagt die BKW: «Mehr als fünf Jahre sind Einzelfälle.» Der Stromkonzern Alpiq nannte eine Grössenordnung von 28 bis 30 Rappen für Dreijahresverträge und von 22 bis 23 Rappen für Fünfjahresverträge. Alpiq meldete eine steigende Nachfrage nach langfristigen Verträgen.

Wo die Schmerzgrenze für die Nachfrager liegt, hängt vom Einzelfall ab. Rückmeldungen von Beobachtern deuten auf folgende grobe Richtschnur für Industriebetriebe mit bedeutenden Stromkosten: Bei 15 Rappen für langfristige Verträge könnten sich manche zu einem solchen Preis verpflichten, bei 20 Rappen erscheint es zuweilen noch einigermaßen akzeptabel, bei 25 Rappen tut es richtig weh, und bei 30 Rappen müssten viele zumachen.